

KURZ UND PRÄGNANT

Anhörung der Sachverständigen in Enquete

In ihrer dritten Sitzung hat die Landtags-Enquetekommission am 12. September die Sachverständigenanhörung zu Ursachen, Formen und Folgen der Verbreitung rassistischer Einstellungen und Diskriminierung fortgesetzt und weitere sachverständige Kommissionsmitglieder angehört.

Bereits in der Sitzung am 15. August hatten Ozan Keskinliç (Alice Salomon Hochschule Berlin) und Koray Yılmaz-Günay (Vorstandsmitglied im Migrationsrat Berlin-Brandenburg) die Konstruktion von „Rassen“ und die Funktion von Rassismus und Diskriminierung zur Rechtfertigung von Zugangsbeschränkungen zu Ressourcen beschrieben und kritisiert, dass in aktuellen Diskursen existierende „Vielfalt“ ausgeblendet werde. Jetzt hatte Ayşe Güleç (Kulturzentrum Schlachthof Kassel) den Bezug zur Opferperspektive NSU hergestellt und den Bogen zu migrantischem Wissen gezogen.

„Die Sachverständigenanhörung zeigt mögliche Handlungsfelder, auf denen institutionelle sowie organisatorische Bedingungen von Diskriminierung durch Landespolitik bearbeitet werden können“, so Sabine Berninger, Obfrau der Linksfraktion in der Enquete. „Mit der für die weitere Arbeit vorgesehenen Einbeziehung von Strategien gegen Rassismus und Diskriminierung nicht nur Thüringer Behörden, sondern auch anderer Bundesländer und Einrichtungen in EU-Ländern, erhoffen wir uns eine gute Basis für zu entwickelnde Strategien und Maßnahmen, die in Thüringen umsetzbar sind.“ ■

Thüringer auf Platz 1 beim Bildungsstand

In Thüringen hatten im Jahr 2016, ähnlich wie auch in den Jahren zuvor, 95 Prozent der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mindestens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulzugangsberechtigung, Abschluss einer Lehrausbildung, einer Berufsfachschule oder Abschluss des Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung).

Damit war der Anteil der Bevölkerung dieser Altersgruppe mit diesem Bildungsstand neun Prozentpunkte höher als der entsprechende Anteil in der Bundesbevölkerung (86 Prozent) und 17 Prozentpunkte höher als der OECD-Durchschnitt (78 Prozent). Wie das Thüringer Landesamt für Statistik weiter mitteilte, lag der Freistaat damit im Vergleich aller deutschen Länder zusammen mit Sachsen an erster Stelle. ■

380-kV-Trasse steht für verfehlte Energiepolitik

Steffen Harzer: Und weitere Projekte zementieren die Fehlplanung in unserer Landschaft

Am 14. September ist die Starkstromtrasse durch den Thüringer Wald offiziell in Betrieb gegangen. Die 380-Kilovolt-Leitung verbindet das Umspannwerk in Bad Lauchstädt bei Halle mit dem Umspannwerk in Redwitz in Oberfranken. Für den energiepolitischen Sprecher der Linksfraktion, Steffen Harzer, und viele andere engagierte Bürger, die jahrelang gegen diese Trasse gekämpft haben, war dies ein trauriger Tag.

„Die 380-kV-Trasse durch Thüringen steht für eine völlig verfehlte Energie- und Netzpolitik. Und es werden bereits wieder Trassen durch Thüringen geplant, wieder mit der gleichen Begründung, dass angeblich Windstrom vom

Norden in den Süden zu transportieren sei. Dabei war diese Begründung schon für die jetzt eingeweihte Trasse falsch“, sagte der LINKE-Politiker.

„Nicht nur dass durch die 380-kV-Trasse hauptsächlich Braunkohlestrom aus den mitteldeutschen Braunkohlerevieren transportiert wird, nun soll mit dem geplanten Südlink u.a. Strom aus Steinkohlekraftwerken an der Nordsee in den Süden geleitet und die dortige Fehlplanung in der Energieerzeugung in unserer Landschaft zementiert werden.“ Es grenze an einen Skandal, dass die bereits im vorangegangenen Planungs- und Genehmigungsverfahren vorgebrachten Anregungen, Hinweise und Kritiken „auch heute wieder nicht beachtet und einfach beiseite geschoben werden“.

Den Abgeordneten des Bundestages komme eine besondere Verantwortung zu, da sie die gesetzlichen Regelungen zum Bau des Süd- und Südostlinks durch Thüringen geschaffen haben. Er hätte erwartet, dass sich diese Politiker ihrer Verantwortung für die Region stellen und eine andere Energiepolitik vorantreiben: „Eine die Strom bezahlbar lässt und die eine Zerstörung der Natur durch die unnötigen Trassen verhindert. Wer sehen will, wie sich das angebliche Bündelungsgebot mit anderen Infrastrukturmaßnahmen auswirkt, der braucht nur mal auf den Rennsteig zu fahren und sich die sogenannte Thüringer Strombrücke anschauen. Ähnliches droht nun dem Werratal und der Rhön, daher brauchen wir einen Politikwechsel im Bundestag, der diesem



Jahrelang hatten Bürger und Bürgerinitiativen – besonders engagiert im Ilm-Kreis und in Südthüringen – gegen den Bau der 380-kV-Leitung protestiert.

Wahnsinn ein Ende bereitet und eine Energiepolitik vorantreibt, die regional, dezentral und erneuerbar funktioniert, die die Bürger, Kommunen und Stadtwerke aktiv und wertschöpfend mit einbezieht“, so Steffen Harzer. ■

Hass, Gewalt und Volksverhetzung auf AfD-Demonstration in Jena

Proteste und Anzeigen folgten der Demonstration und Kundgebung der Thüringer AfD am 12. September in Jena. Nachdem die LINKE-Landtagsabgeordnete Katharina König-Preuss versuchten Raub, Nötigung sowie Beleidigung angezeigt hatte, gingen weitere Bürger gegen die AfD vor. So gegen deren Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl Stephan Brandner.

Dieser hatte auf der Bühne die Frage gestellt „Kann den mal einer abschießen?“ und meinte den über der Veranstaltung kreisenden Polizei-Hubschrauber. Reinhard Schramm, Vorsitzender der jüdischen Landesgemeinde Thüringen, und Superintendent Sebastian Neuß vom evangelischen Kirchenkreis Jena begründeten in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre Anzeige gegen Teilnehmer der AfD-Demonstration mit dem Tatbestand der Volksverhetzung. Es wurde das antise-

mitische „U-Bahn-Lied“ gesungen mit dem Text: „Eine U-Bahn, eine U-Bahn, eine U-Bahn bauen wir. Von der JG (Junge Gemeinde Jena, d.R.) bis nach Auschwitz.“

Einige Teilnehmer der AfD skandierten während des Aufzuges „Hier regiert der nationale Widerstand“ und „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“.

Zum Übergang auf Katharina König-Preuss hatte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow erklärt: „Dies ist der zweite Vorfall in weniger als zwei Wochen, bei dem eine Abgeordnete unserer Fraktion von einem AfD-Anhänger attackiert wurde. Die Täter leiten die Legitimation für ihr strafbares Handeln aus dem von der AfD transportierten Ideologiefundament ab, das aus Rassismus, Ausgrenzung und purer Demokratieverachtung besteht. Ich bin entsetzt über die um sich greifende Eskalation. Der Vorfall

verdeutlicht, wie schnell aus den Worten und der Hetze der AfD auch Taten werden. Die politische Auseinandersetzung darf nie in Hass und Gewalt münden.“ Die Landespolitikerin sieht eine direkte Verantwortung bei der AfD für diese Vorfälle. Dazu gehört auch die durch die AfD im Landtag vorgenommenen Diskreditierung der „Jungen Gemeinde Stadtmitte“ (JG), die sich in Jena für eine weltoffene Gesellschaft einsetzt und auch gegen Neonazis Farbe bekannte und die Proteste unterstützte.

„Die Entwicklung ist besorgniserregend. Wir werden uns davon jedoch nicht einschüchtern lassen und rufen alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich weiterhin gegen Antisemitismus, Rassismus und Neonazis zu wenden und für eine offene Gesellschaft einzustehen“, betonte Susanne Hennig-Wellsow. ■